

Scirocco - Kurzinfo aus Italien

24.4.2026: Der Mythos der "freiwilligen" Rückkehr

Der italienische Innenminister Piantedosi verkündet regelmäßig auf seinen Social Media Accounts die Zahl der "freiwillig" zurückgekehrten Migrant:innen und schutzsuchenden Personen, wie in einem Post vom 8.4. in dem er [die Rückkehr von 174 Menschen aus Libyen in ihr Heimatland feierte](#). Während diese Rückführungen als „humanitär“ und „freiwillig“ dargestellt werden, verdecken sie Nötigung und den Bruch von Rechten, wie mehrere zivilgesellschaftlichen Organisationen und UN-Expert:innen kritisieren. Was steckt also hinter dem Programm der „freiwilligen“ Rückkehr?

Freiwillige Assentierte Rückkehr (RVA) und Freiwillige humanitäre Rückkehr (VHR) sind Programme, welche von der Internationalen Organisation für Migration (IOM) durchgeführt und von Italien und der EU finanziell unterstützt werden. Diese zielen sowohl auf Drittstaatsangehörige, [welche in Italien leben](#), als auch auf Personen, die sich in [Transitländern wie Libyen oder Tunesien aufhalten](#). Die IOM bietet Personen für die Rückkehr in ihr Heimatland Unterstützung an, etwa bei der Organisation des Transits und in manchen Fällen finanzielle Unterstützung der Reintegration.

[Seit 2017 hat die italienische Regierung](#) rund 19,5 Millionen Euro für die Rückführung von 11.000 Menschen aus Libyen bereitgestellt und 9 Millionen Euro ab 2022 für die Rückführung von 1.400 Menschen aus Tunesien. Im Juli 2025 wurde die Auszahlung von weiteren 4 Millionen Euro an die IOM für [den Bau von 70 Aufnahmezentren in Libyen](#) und 3 Millionen Euro für das Programm der freiwilligen Rückführung von der italienischen Regierung genehmigt. Und dies, obwohl das Büro des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte Italien [in einem Schreiben](#) von der weiteren Finanzierung des Programmes abriet und dessen Freiwilligkeit in Frage stellte.

Wie wenig freiwillig diese Programme tatsächlich ist, zeigt sich besonders bei Blick auf die Zahlen der zurückgekehrten Personen. Circa [76,5%](#) von ihnen waren vor Rückkehr in libyschen Internierungslagern gefangen, darunter auch Frauen, Kinder und Personen, welche Opfer von Menschenhandel geworden sind. [Während Freiwilligkeit voraussetzen würde](#), dass es tatsächliche Alternativen gibt, wie Zugang zu Schutz und regulären Migrationswegen, und die Entscheidung frei, informiert und ohne jeglichen physischen oder psychischen Zwang getroffen wird, sind diese Bedingungen Libyen und anderen Transitländern nicht gegeben. Die Rückkehr wird als einziger Ausweg aus einer aussichtslosen Situation, in der Personen Gewalt und Verletzung ihrer Menschenrechte erfahren, angetreten. Somit drängen die Programme der RVA und VHR Menschen zur Rückkehr in ihre Heimatländer, wo sie häufig erneut den unsicheren Umständen ausgesetzt sind, vor denen sie geflohen sind.

Dies verstößt auch gegen das [Prinzip von Non-Refoulement](#), also dem Recht darauf nicht in Länder zurückgeschickt zu werden, in denen die eigene Sicherheit gefährdet ist. Zudem werden durch die Darstellung der Rückkehr als „freiwillig“ einerseits [bilaterale Verträge mit den Herkunftsländern umgangen](#) und andererseits Verfahrensgarantien und -sicherheiten, die völkerrechtlich bei einer Zwangsrückführung erforderlich sind, ausgesetzt. Dies ermöglicht somit auch eine schnellere und günstigere Rückkehr unter dem Vorwand der

Freiwilligkeit. Durch die Unterstützung „freiwilliger“ Rückkehr wird der [Migrationsdruck auf Transitländer wie Libyen und Tunesien](#) gemindert, was deren Regierungen williger macht, mit Italien entlang anderer Abkommen zu kooperieren oder eigene Staatsbürger*innen wieder aufzunehmen.

Daher sollten die Programme „freiwilliger“ Rückkehr aus Transitländern viel weniger als ein humanitäres Programm verstanden werden, sondern als eine weitere Externalisierungsstrategie des italienischen und europäischen Grenzregimes. Um gegen diese Strategie und die daraus entstehenden menschenrechtliche Verstöße zu kämpfen, haben sich eine Reihe von zivilgesellschaftlichen Organisationen zusammengeschlossen und eine Klage eingereicht sowie die Kampagne „[Voluntary Humanitarian Refusal](#)“ ins Leben gerufen. Sie „prangern die vorgetäuschte Freiwilligkeit unterstützten Rückführungen aus Transitländern an und fordern, dass die Finanzierung dieser getarnten Abschiebungen eingestellt wird“.

Ähnlich kann auch die Freiwilligkeit der Rückführung von Personen, die in Italien leben, angezweifelt werden. So haben Personen, welche in Italienischer Abschiebezentren (CPRs) inhaftiert sind, vermehrt von Druck berichtet einer solchen „freiwilligen“ Rückkehr einzuwilligen. Zudem gibt es [einen finanziellen Anreiz von 615€](#), welcher beim Boarding des Flugzeuges bar ausgezahlt wird. Insgesamt sind seit Beginn des [Programms in Italien 2015 bis 2024 sind 4 059 Menschen zurückgekehrt](#) wofür die italienische Regierung 35,5 Mio € ausgegeben hat. Um diese Anzahl der Rückkehrer:innen zu erhöhen, hat die italienische Regierung diese Woche ein neues Gesetz verabschiedet, welches vorsieht nicht nur Rückkehrer*innen, sondern auch deren [Anwält*innen finanziell zu belohnen](#), wenn ihre Klient*innen einer „freiwilligen“ Rückführung in ihr Heimatland zustimmen. Dies stellt nicht nur die Freiwilligkeit solcher Rückführungen weiter in Frage, sondern es untergräbt die italienische Verfassung und die Integrität der Rechtsvertretung. Mehr zu diesem neuen Gesetz kann in unserem nächsten Scirocco gelesen werden.

Auch mit Hinblick auf die Unterstützung der Reintegration im Heimatland eröffnen sich weitere Probleme. So werden diese als sehr [unnachhaltig](#) und höchst problematisch kritisiert und erreichen [nur einen kleinen Teil der Rückkehrer*innen](#). Die Unterstützung der IOM ist häufig nur kurzfristig und adressiert systematische Fluchtursachen nicht ausreichend. Stattdessen folgt sie einer neoliberaler „Entwicklungspolitik“ wobei Rückkehr*innen durch die Förderung von Unternehmertum „empowert“ werden sollen. Allerdings sind [diese Ansätze häufig standardisiert](#) und berücksichtigen die konkrete Lebensrealität kaum, weshalb viele der geförderten Unternehmen scheitern. Somit enden die zurückgekehrten Personen häufig in noch prekären Umständen, als vor denen sie geflohen sind. Gleichzeitig erlaubt dieses Programm Italien und der EU sich positiv darzustellen und so ihren [neo-kolonialen Versuch der Migrationskontrolle](#) zu kaschieren.

All diese Punkte zeigen, dass die Programme der „freiwilligen“ Rückkehr nicht als solche bezeichnet werden sollte, sondern der Begriff „[soft deportation](#)“ deutlich passender ist. Sie zielen rein darauf ab, Migration zu kontrollieren und Abschiebungen humanitär und freiwillig darzustellen. Piantedosis regelmäßige Verkündung der Zahlen der Rückkehrer*innen verdeutlicht weiter, dass diese Programme rein der Zufriedenstellung der rechten Wähler*innenschaft dienen. Italien und die EU dürfen nicht länger durch derartige Programme in Komplizenschaft mit Staaten sein, die systematisch Menschenrechte verletzen und Personen in prekäre Bedingungen zurückdrängen. Stattdessen braucht es legale und sichere Fluchtrouten, um vulnerable Gruppen effektiv zu schützen.